Anlagenkonvolut

zum Wortprotokoll der 16. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen am 15. April 2026.

21. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen
Ausschussdrucksache
21(26)38

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen

Votenliste

Stand: 14. April 2026

Nr.	Drs.-Nr.	Titel	Berichterstatter	Votum der BE	Ressort
1	21/5069	Verordnung zur Überführung der jährlichen Minderungsziele in Jahresemissionsgesamtmengen für die Jahre 2031 bis 2040 (Jahresemissions- gesamtmengen-Verordnung 2031-2040 – JEGMV 2031-2040)	Sascha van Beek Karsten Hilse	keine Prüfbitte	Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit
2	175/26	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines antragslosen Kindergeldes	Kathrin Michel Rainer Groß	keine Prüfbitte	Finanzaus-schuss
3	99/26 21/5070	Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 12. März 2025 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gemeinsame Staatsgrenze	Caroline Bosbach Dr. Fabian Fahl	keine Prüfbitte	Innenaus-schuss

Nr.	Drs.-Nr.	Titel	Berichterstatter	Votum der BE	Ressort
4	97/26 21/4594	Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Gesetz zur Durchführung der Verordnung über künstliche Intelligenz)	Dunja Kreiser Dr. Rainer Kraft	keine Prüfbitte	Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung
5	45/26 21/5141	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung der nationalen Umsetzung von europäischen Regelungen zum Ökodesign, zur Energieverbrauchskennzeichnung und zu weiteren Regelungen	Dr. Maria-Lena Weiss Dr. Rainer Kraft	keine Prüfbitte	Ausschuss für Wirtschaft und Energie
6	780/25 21/4099	Entwurf eines Infrastruktur-Zukunftsgesetzes	Dunja Kreiser Dr. Rainer Kraft	keine Prüfbitte	Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung

Nr.	Drs.-Nr.	Titel	Berichterstatter	Votum der BE	Ressort
7	779/25 21/3948	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung flaggen-, schiffsregister- und seefischereirechtlicher Vorschriften	Dunja Kreiser Rainer Groß	keine Prüfbitte	Verkehrsausschuss
8	772/25 21/4080	Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Digitalisierung in der Migrationsverwaltung (Migrationsverwaltungsdigitalisierungsweiterentwicklungsgesetz - MDWG)	Caroline Bosbach Dr. Fabian Fahl	keine Prüfbitte	Innenausschuss
9	770/25 21/4084	Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Apothekenversorgung (Apothekenversorgung-Weiterentwicklungsgesetz - ApoVWG)	Sascha van Beek Dr. Paul Schmidt	keine Prüfbitte	Ausschuss für Gesundheit
10	766/25 21/4089	Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/900 über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung (Politische-Werbung-Transparenz-Gesetz - PWTG)	Dunja Kreiser Dr. Rainer Kraft	keine Prüfbitte	Ausschuss für Digitales und Staatsmodernisierung

Nr.	Drs.-Nr.	Titel	Berichterstatter	Votum der BE	Ressort
11	650/25 21/3491	Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 27. August 2025 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs der Niederlande über die Erschließung von grenzüberschreitenden Kohlenwasserstofflagerstätten in der Nordsee	Dr. Maria-Lena Weiss Dr. Rainer Kraft	keine Prüfbitte	Ausschuss für Wirtschaft und Energie
12	649/25 21/3484	Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung einer Verordnung der Europäischen Union zum Datenaustausch bei Kurzzeitvermietungen sowie zur Durchsetzung von Diskriminierungsverboten der Europäischen Union	Dr. Maria-Lena Weiss Dr. Rainer Kraft	keine Prüfbitte	Ausschuss für Wirtschaft und Energie
13	648/25 21/3740	Entwurf eines Gesetzes zum Bürokratierückbau in der Gewerbeordnung und dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz sowie anderer Rechtsvorschriften zur Aufhebung von Berichtspflichten	Dr. Maria-Lena Weiss Dr. Rainer Kraft	keine Prüfbitte	Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen
Ausschussdrucksache
21(26)39

EGLV

Emschergenossenschaft
Lippeverband



Nachhaltiges Wassermanagement

Prof. Dr. Uli Paetzel / Vorstandsvorsitzender EGLV

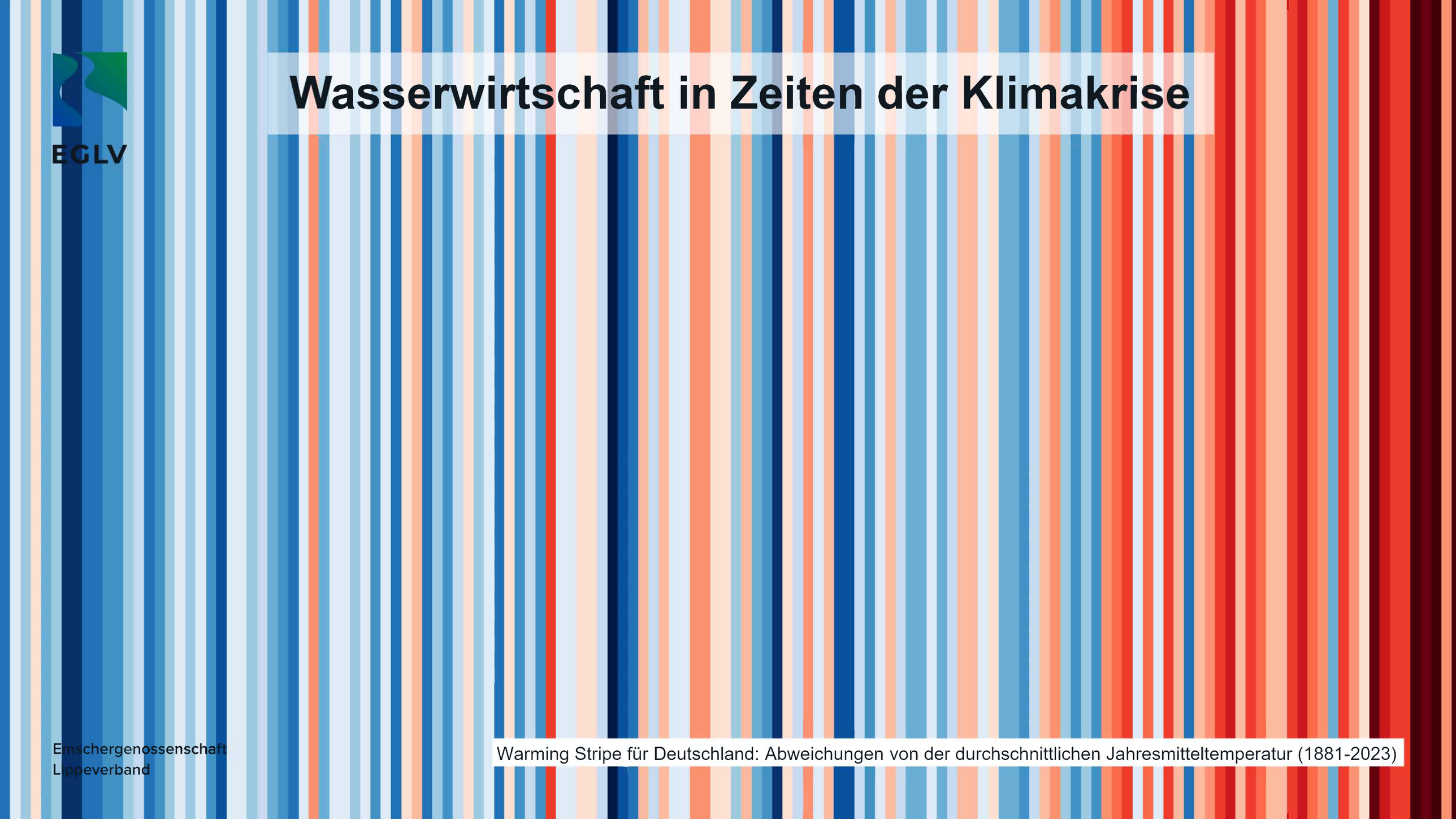
15. April 2026 / Parl. Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen

EGLV

Aktuelle Herausforderungen

EGLV

Wasserwirtschaft in Zeiten der Klimakrise

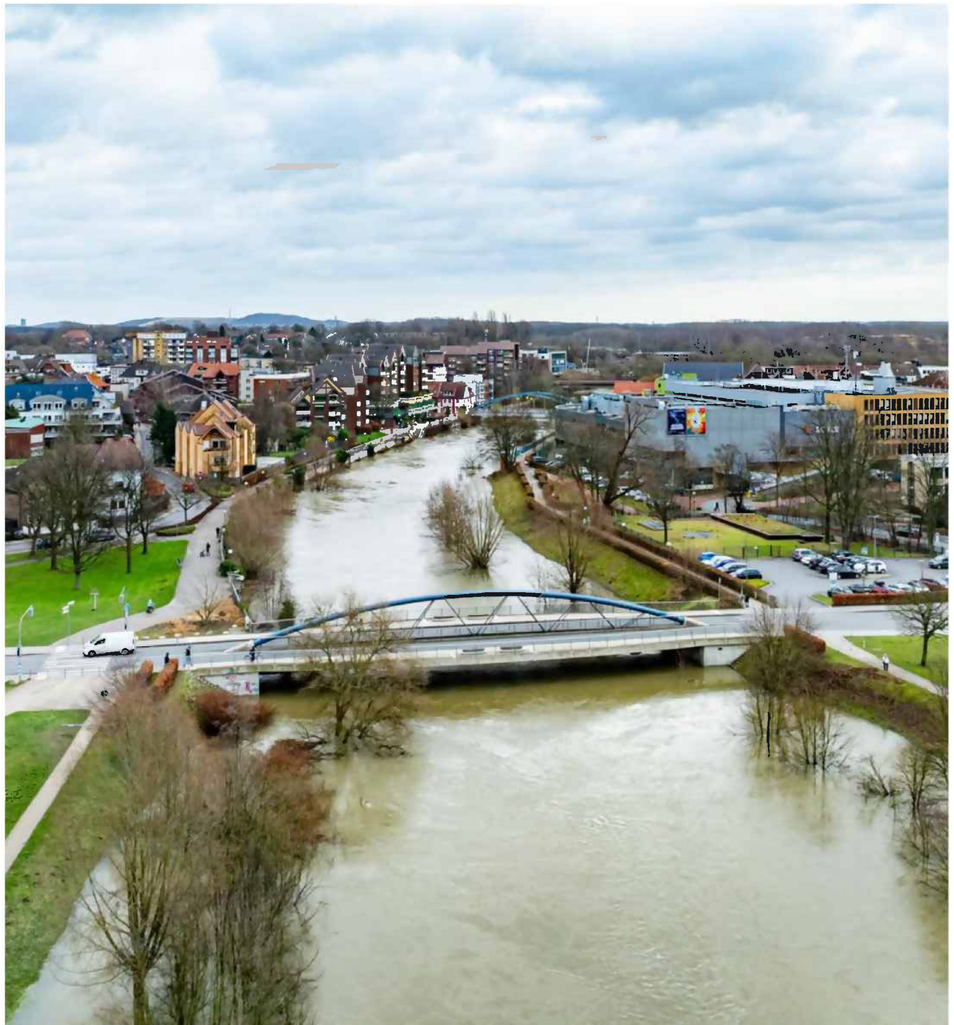


Warming Stripe für Deutschland: Abweichungen von der durchschnittlichen Jahresmitteltemperatur (1881-2023)

Emschergenossenschaft
Lippeverband

EGLV

Klimakrise ändert Verhältnis zum Wasser grundlegend





Emschergenossenschaft
Lippeverband

EGLV

Erwartungen an Gewässer steigen







Emschergenossenschaft
Lippeverband

EGLV

Belastungen steigen allerdings auch







Emschergenossenschaft
Lippeverband

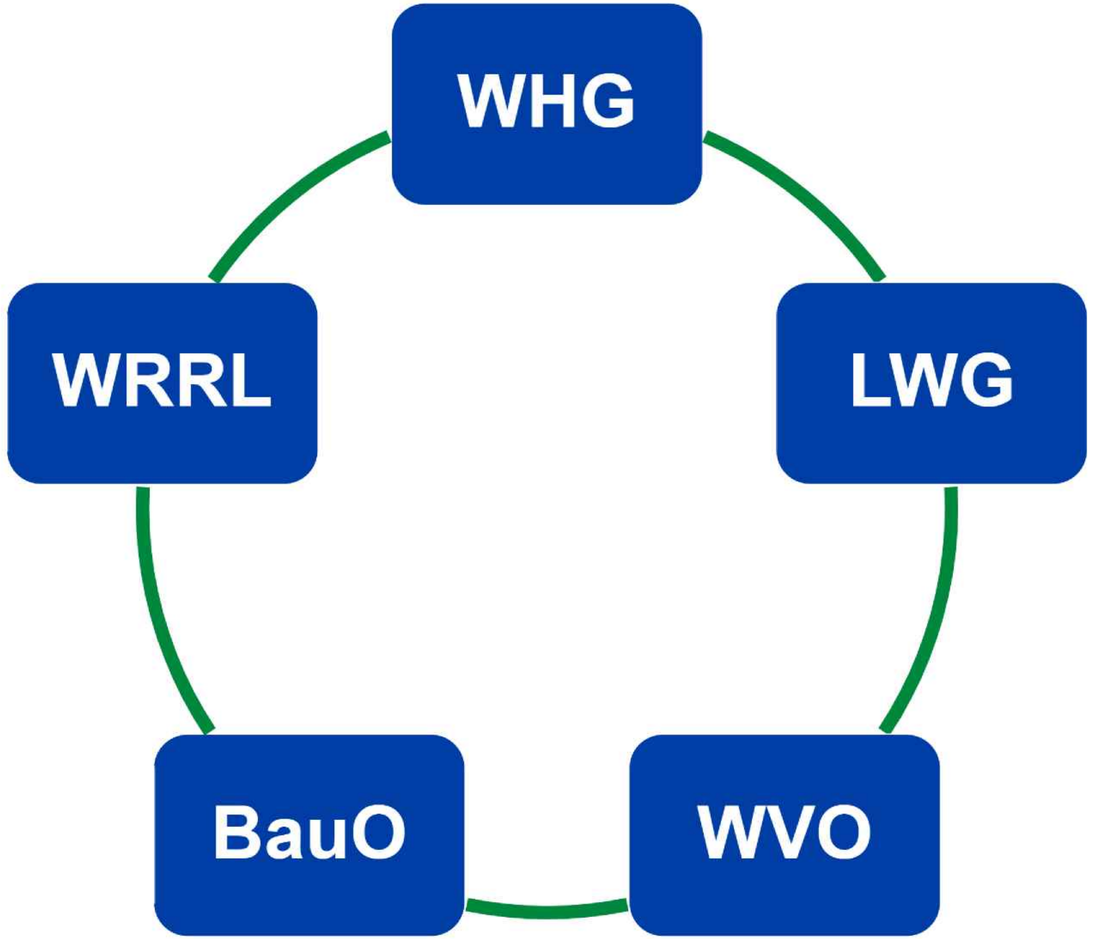
EGLV

Governance

Emschergenossenschaft
Lippeverband

EGLV

Rechtsgrundlagen



EGLV

Verordnung zur Wiederherstellung der Natur

Nature Restoration Law

- Kernelement des europäischen „Green Deal“ und der EU-Biodiversitätsstrategie
- Verpflichtung der EU-Mitgliedsstaaten, ihre Umwelt zu schützen und die Natur durch Renaturierung in einen „guten ökologischen Zustand“ zurückzuführen
- Verpflichtung bis 2030 auf 20 Prozent der Land- und Meeresflächen Maßnahmen zur Stärkung von Ökosystemen einzuleiten
- Städtische Gebiete sind Teil der Verordnung: in Städten darf es zwischen 2024 und Ende 2030 keinen Nettoverlust an urbanen Grünflächen geben. Ab 2031 sollen die Grünflächen wachsen. Der Zielzustand ist in einem nationalen Wiederherstellungsplan festzulegen

EGLV

Verschlechterungsverbot

nach Wasserhaushaltsgesetz

- Verschlechterungsverbot ist einer der wichtigsten Grundsätze der Wasserrahmenrichtlinie
- Urteile des EuGH und nationaler Gerichte haben diesen Grundsatz präzisiert und gestärkt
- In allen Phasen von Planungs- und Genehmigungsverfahren muss das Verschlechterungsverbot strikt ausgelegt und durchgesetzt werden



EGLV

Blaugrüne Stadt der Zukunft

Emschergenossenschaft
Lippeverband

EGLV

Blaugrüne Stadt der Zukunft
Klimaanpassungsmaßnahmen

Emschergenossenschaft
Lippeverband

EGLV

Stadtentwicklung

Wir schaffen Lebensqualität – Stadtentwicklung und Regenwasserabkopplung



Nachhaltige Regenwasserbewirtschaftung im VIVAWEST-Mehrgenerationenquartier in Essen-Altenessen



Wohnen am Wasser in Essen-Altendorf: der Niederfeldsee

Emschergenossenschaft
Lippeverband

EGLV

Klimaanpassungs-maßnahmen



Dachbegrünung



Fassadenbegrünung



Rigolen und Blühstreifen

Emschergenossenschaft
Lippeverband

EGLV

Klimaanpassungs-maßnahmen



Versickerung



Verdunstung



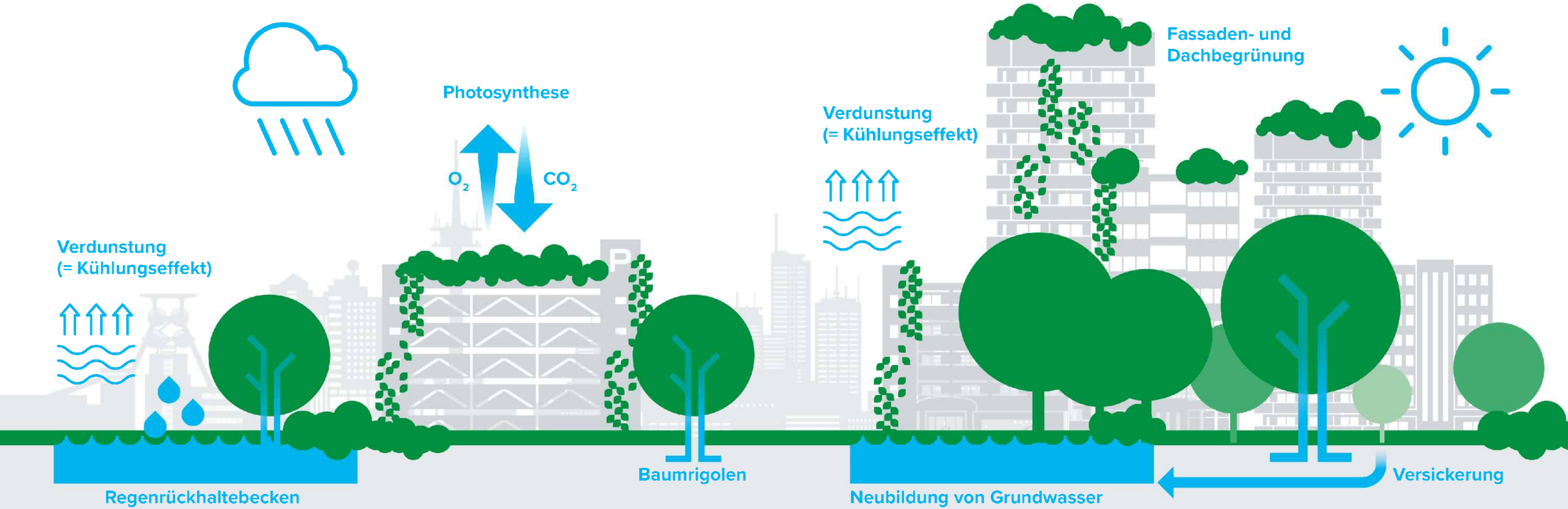
Flächenentsiegelung

Emschergenossenschaft
Lippeverband

EGLV

Grundprinzip der Schwammstadt

Mehr Schutz vor Starkregen und Verbesserung des Mikroklimas



Emschergenossenschaft
Lippeverband

Natürliche Regenwasserbewirtschaftung

Wasserbezogene Maßnahmen sind Multitalente

Biodiversität
- Schutz Ökosysteme
- Stärkung Artenvielfalt

Gesundheit
- erhöhte Lebensqualität
- Stressreduzierung



Kühlung
- Verdunstung durch Pflanzen
- Bäume als Schattenspeicher

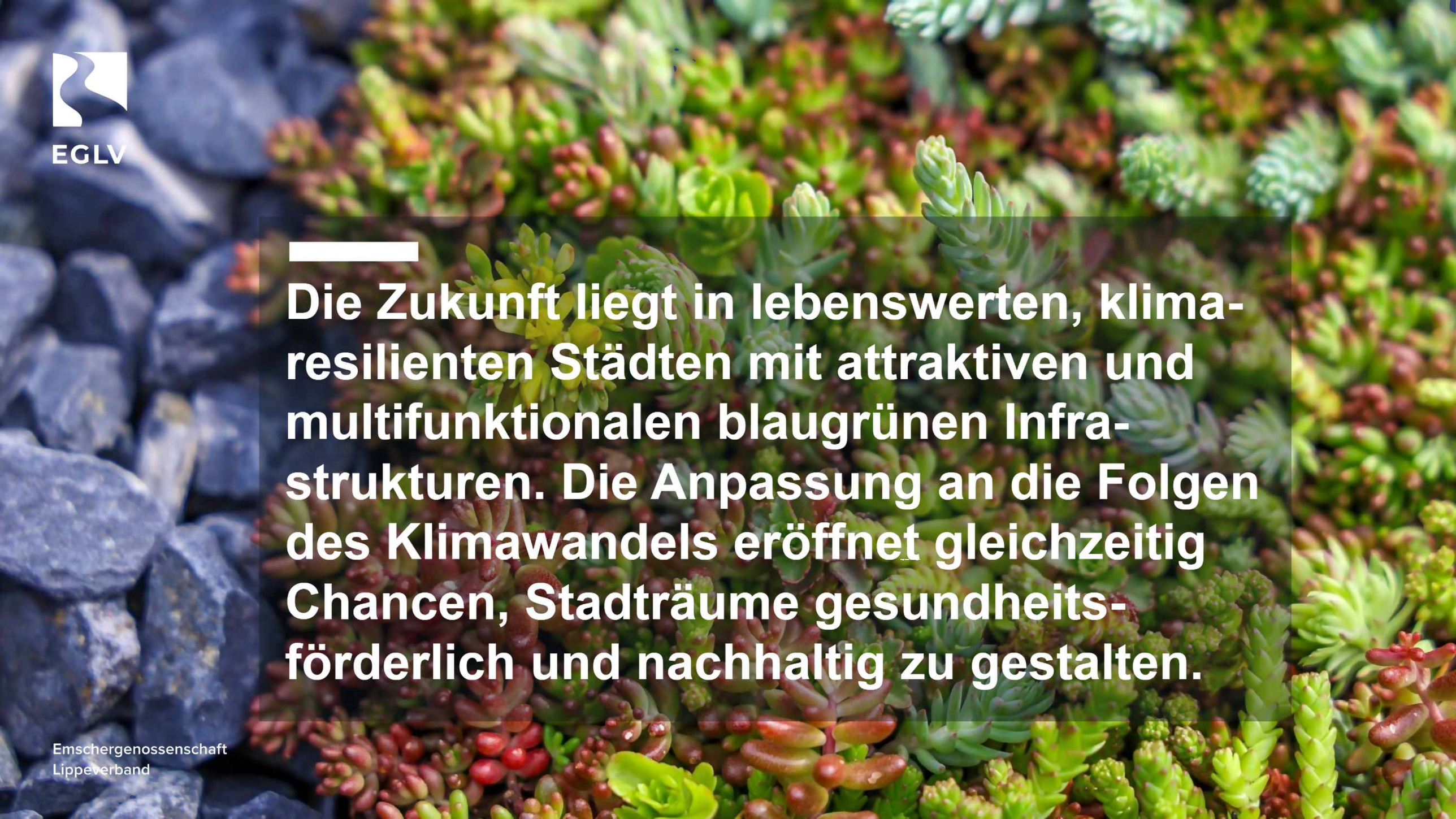
Starkregenfälle
- Erhöhung Überflutungsschutz
- Erhöhung Sicherheitsgefühl

Luftqualität
- Feinstaubbindung
- CO2 Reduzierung

Bildung
- Bewusstseinsbildung
- Erweiterung persönlicher Horizont

Wassermanagement
- effiziente Regenwassernutzung
- Ausgleich der Wasserführungen

Soziales Miteinander
- stärkt den Zusammenhalt
- sorgt für ein gutes Wohlbefinden



EGLV

Die Zukunft liegt in lebenswerten, klima-resilienten Städten mit attraktiven und multifunktionalen blaugrünen Infra-strukturen. Die Anpassung an die Folgen des Klimawandels eröffnet gleichzeitig Chancen, Stadträume gesundheits-förderlich und nachhaltig zu gestalten.

Emschergenossenschaft
Lippeverband

EGLV

Blaugrüne Stadt der Zukunft

Akteure

Emschergenossenschaft
Lippeverband

Viele Themen, viele Akteure …

Zusammen mehr erreichen!



Vom Reden zum Handeln?

(Bürokratische) Umsetzungsprobleme



EGLV

Klimaanpassung ist eine Gemeinschaftsaufgabe!

Eine komplexe Aufgabe braucht besondere Formen der Zusammenarbeit!

Erfolgsprämissen:

- aufgabenorientierte Zusammenarbeit zwischen hierarchische Strukturen und kollaborativen Netzwerken
- passende Arbeitskultur sowie Haltung und Mindset
- Trägerschaft und Identifikation als Umsetzungshebel
- Fach- und Prozesskompetenz
- …

Um die Herausforderungen der Zukunft lösen zu können, braucht es passende, neue Arbeitsweisen, -strukturen und -kulturen.

EGLV

Blaugrüne Stadt der Zukunft
Beispiele



Abbildung: Rambøll/Atelier Dreiseitl

Wolkenbruchplan

Ein Beispiel aus Kopenhagen

- Umfassende Strategie zur Bewältigung von Starkregen und Überschwemmungen
- Reaktion auf eine Unwetterkatastrophe im Jahr 2011
- 300 Projekte, die Grünflächen und kanalbasierte Lösungen kombinieren
- Gesamtnutzen von geschätzten 767 Millionen US-Dollar
- Umwelt-, soziale und gesundheitliche Vorteile

EGLV

Jede Maßnahme ist eine Chance für die Stadt



Abbildungen: Rambøll/Atelier Dreiseitl



Klimaresiliente Region mit internationaler Strahlkraft

- Projekt im Rahmen der Ruhrkonferenz
- Ziel bis 2040:
  25 % Abkopplung befestigter Flächen
  und 10 %-Punkte mehr Verdunstung
- Fördersumme aktuell rund
  250 Mio. Euro bis 2030
- Förderquote für Maßnahmen von bis
  zu 100 %

EGLV

Politischer Ausblick für die Wasserwirtschaft

Emschergenossenschaft
Lippeverband

Zukunftsstrategie Wasser

Wasserressourcen nachhaltig und klimastabil sichern



Wasserwirtschaft ist eine der ersten Branchen, die die Folgen des Klimawandels spürt. Politik reagiert mit Strategieprozess:

→ **Nationale Wasserstrategie** mit 78 Aktionen

→ **NRW Wasserstrategie** mit 17 Eckpunkten



Emschergenossenschaft
Lippeverband

EGLV

Wasser zunehmend als Querschnittsthema

Industrieansiedlungen

Coronamonitoring

Emschergenossenschaft
Lippeverband

Inflation / Baupreissteigerungen

Energiewende

EGLV

Neue Rolle der Wasserwirtschaft



Lauter werden

Politischer werden

Selbstbewusster einmischen in öffentliche Debatten

Emschergenossenschaft
Lippeverband


EGLV
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
Emschergenossenschaft
Lippeverband

Deutscher Bundestag
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfragen
Ausschussdrucksache
21(26)40

WBGU
Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen

Factsheet 8

Gesund leben auf einer gesunden Erde

Unsere Lebensweise macht krank und zerstört die natürlichen Lebensgrundlagen. Die Vision „Gesund leben auf einer gesunden Erde“, die der WBGU in seinem gleichnamigen Gutachten entwickelt, stellt die Untrennbarkeit der Gesundheit von Mensch und Natur und damit ein erweitertes Gesundheitsverständnis ins Zentrum: Menschliche Gesundheit und die Gesundheit aller Lebewesen ist auf eine „gesunde“ Erde mit funktionierenden, resilienten und leistungsfähigen Ökosystemen und einem stabilen Klima angewiesen. Es gilt, Entwicklungspfade auszuloten und umzusetzen, die Mensch und Natur gerecht werden. Dies erfordert internationale Kooperation und eine globale Dringlichkeitsgovernance. Natürliche Lebensgrundlagen müssen erhalten und Gesundheitssysteme befähigt werden, ihre transformativen Potenziale zu nutzen. Bildung und Wissenschaft nehmen eine Schlüsselposition ein, um die Vision Wirklichkeit werden zu lassen und Rahmenbedingungen vorzudenken, die gesunde Lebensstile ermöglichen und gleichzeitig die Natur schützen.

Vision

Die Vision „Gesund leben auf einer gesunden Erde“ kann für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Orientierung dienen.



Bildung und Wissenschaft

Bildung und Wissenschaft befördern gesellschaftliche Veränderungen. Sie sollten Entwicklungspfade vordenken, die Gesundheit von Mensch und Natur langfristig sichern.



Dringlichkeitsgovernance

Die Vision ist nur mit internationaler Kooperation realisierbar und erfordert eine globale Dringlichkeitsgovernance.



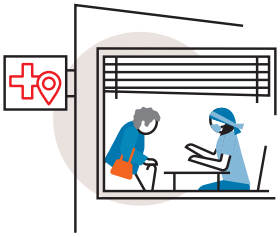
Planetare Risiken bewältigen

Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Verschmutzung müssen gestoppt werden, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten.



Gesundheitssysteme

Gesundheitssysteme sollten ihre transformativen Potenziale nutzen und sich auf künftige Herausforderungen vorbereiten.



Lebensbereiche gestalten

Menschliche Lebensbereiche wie Ernähren, Bewegen und Wohnen brauchen Rahmenbedingungen, die gesundes und nachhaltiges Verhalten ermöglichen.



Gesundheit – ein systemischer Blick

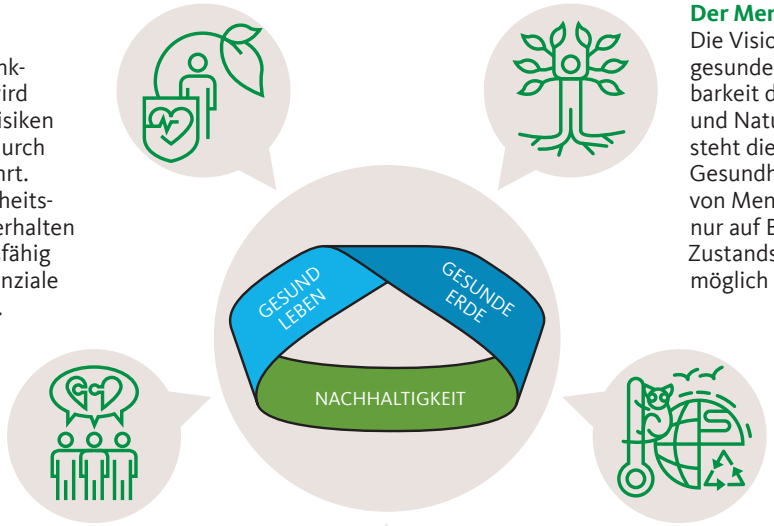
Gesundheit ist von existenzieller Bedeutung für jeden Menschen und hängt maßgeblich von einer gesunden Umwelt ab. In den letzten Jahrzehnten hat sich die menschliche Gesundheit zwar weltweit verbessert, aber nicht alle Menschen haben gleichermaßen davon profitiert. Der zivilisatorische Fortschritt führt zudem nicht automatisch zu immer besserer Gesundheit, sondern wir sind auf dem besten Weg, die Voraussetzungen eines gesunden Lebens für alle Menschen zu zerstören.

Zum einen gehen Wohlstandsgewinne oft mit der Verbreitung ungesunder Lebensstile einher, was zu einer weltweiten Zunahme chronischer, nicht übertragbarer Erkrankungen geführt hat. Diese sind inzwischen global für die größte Krankheitslast verantwortlich. Zum anderen führen ressourcenintensive Lebensweisen zu einer globalen Umweltkrise, welche die natürlichen Lebensgrundlagen und damit die Gesundheit von allen Menschen, Lebewesen und Ökosystemen gefährdet. Die immer stärkeren Auswirkungen des Klimawandels und die COVID-19-Pandemie sind greifbare Beispiele, die uns auch die Verletzlichkeit unserer Gesellschaften vor Augen führen. Es ist an der Zeit, einen neuen Blick auf den zivilisatorischen Fortschritt zu werfen: Wie kann das Leitbild „Gesund leben auf einer gesunden Erde“ umgesetzt werden? Dabei geht es im Kern darum, Mut zum grundsätzlichen Umsteuern zu machen sowie Entwicklungspfade zu beschreiten, die Mensch und Natur gerecht werden.

Die Vision „Gesund leben auf einer gesunden Erde“

Der bedrohlichen Zukunftsperspektive setzt der WBGU die Vision „Gesund leben auf einer gesunden Erde“ entgegen. Denn das Thema Gesundheit stellt eine bedeutende Chance dar, Transformationen zur Nachhaltigkeit voranzubringen.

Prävention und Widerstandsfähigkeit
Der reaktive Umgang mit Krankheiten und Umweltschäden wird ergänzt: Zum einen werden Risiken für Gesundheit und Umwelt durch präventives Handeln abgewehrt. Zum anderen werden Gesundheitsressourcen und Ökosysteme erhalten und gestärkt, um widerstandsfähig zu sein und Entwicklungspotenziale für Wohlergehen zu entfalten.



Der Mensch als Teil der Natur
Die Vision „Gesund leben auf einer gesunden Erde“ stellt die Untrennbarkeit der Gesundheit von Mensch und Natur ins Zentrum: Im Kern steht die Erkenntnis, dass die Gesundheit und das Wohlergehen von Menschen heute und in Zukunft nur auf Basis eines gesunden Zustands der natürlichen Umwelt möglich sind.

Teilhabe statt Exklusivität
Alle Menschen haben Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen und profitieren von verbesserten Umweltbedingungen. Vulnerable Gruppen werden abgesichert und weltweite Ungleichheiten der ökonomischen und politischen Teilhabe vermindert. Länder und Bevölkerungsgruppen mit höheren Einkommen werden ihrer Verantwortung gerecht.

Systemübergreifende Kooperation
Die Vision bildet die Grundlage von Lebens- und Wirtschaftsweisen. Sie lässt nationale und globale Kooperation wiederaufleben und ermöglicht transformative Umsetzungsmaßnahmen. Dies erfordert eine globale Governance, die systemübergreifend die großen globalen und krisenhaften Herausforderungen bewältigt.

Planetare Leitplanken werden eingehalten
Resiliente, leistungsfähige Ökosysteme und ein stabiles Klima sind Voraussetzungen für ein gesundes Leben auf einer gesunden Erde. Daraus ergibt sich eine Verantwortung von Menschen für alles Leben des gesamten Planeten. In der Vision werden der anthropogene Klimawandel, die Verschmutzung und der Biodiversitätsverlust aufgehalten.



Globale Dringlichkeitsgoveranance

Eine globale Dringlichkeitsgovernance für Umwelt- und Gesundheitsschutz ist dringend notwendig. Akute Krisen wie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und kurzfristige Ad-hoc-Reaktionen bergen aktuell die Gefahr, dass mittel- und langfristige Nachhaltigkeitsziele aus dem Blick geraten. Die Umsetzung des Leitbilds „Gesund leben auf einer gesunden Erde“ erfordert hingegen global abgestimmte Governance mit einer ressort- und skalenübergreifenden, kohärenten Politikgestaltung. Dafür müssen Umwelt- und Gesundheitsgovernance verzahnt und substanziell beschleunigt werden. Dabei gilt es eine langfristige, zukunftsgestaltende Perspektive bei gleichzeitig kurzfristig radikaler Wirksamkeit zu beachten, die Gestaltungsspielräume mittel- bis langfristig offenhält. Eine solche Dringlichkeitsgovernance sollte lokal, regional und national entsprechend der jeweiligen Nachhaltigkeitsherausforderungen entwickelt, den Gegebenheiten angepasst und lernfähig ausgestaltet werden. Sie sollte alle Politikfelder in die Pflicht nehmen, ein Menschenrecht auf gesunde Umwelt in nationalen Verfassungen zu verankern und die Umsetzung der Agenda 2030 voranzutreiben. Das Leitbild „Gesund leben auf einer gesunden Erde“ könnte zentraler Baustein für die Weiterentwicklung der globalen Nachhaltigkeitsagenda nach 2030 werden.



Gesundheitssysteme

Eine Weiterentwicklung der weltweiten Gesundheitssysteme ist dringend erforderlich, um die neuen Herausforderungen durch Klimawandel, Verschmutzung und Biodiversitätsverlust zu bewältigen. Nachhaltige und resiliente Gesundheitssysteme können unter Beachtung planetarer Leitplanken Gesundheit schützen und verbessern. Sie reduzieren ihren Ressourcenverbrauch und ihre Emissionen und sind auf Schocks durch Umweltveränderungen vorbereitet. Sie stoßen auch in anderen Sektoren Transformationen an, indem sie gesunde und nachhaltige Lebensstile fördern und zur Gestaltung gesunder Lebensbedingungen beitragen. Zentral hierfür ist, dass umweltsensible Gesundheitsförderung und Prävention in Gesundheitssystemen als wichtige Säule der Versorgung umgesetzt werden. Dafür müssen gesunde Ökosysteme als Ressource und Voraussetzung für Gesundheit anerkannt werden. Gut ausgebaute öffentliche Gesundheitsdienste dienen dabei als Schnittstelle zu Verwaltung und Politik. Sie nutzen integrierte und digitalisierte Umwelt- und Gesundheitsinformationssysteme, um rechtzeitig vor Gesundheitskrisen zu warnen. Vulnerable Personen erhalten dabei stets besondere Aufmerksamkeit.



Planetare Risiken bewältigen

Um die Gesundheit von Mensch und Erde zu erhalten, müssen Klimawandel, Biodiversitätsverlust und die weltweite Verschmutzung aufgehalten werden. Wichtige, bisher vernachlässigte Ansatzpunkte sind ein Stopp der Exploration fossiler Energieträger sowie die Stärkung der Biosphäre an Land, im Süßwasser und im Meer – auch zur Prävention zoonotischer Pandemien. Zudem sollten geregelte Formen der Migration von Menschen entwickelt sowie die Migration von Arten durch vernetzte Schutzgebiete erleichtert werden. Synergien zwischen Klima- und Biodiversitätsschutz sollten genutzt und Zielkonflikte angegangen werden. Verschmutzung sollte darüber hinaus dringend politisch stärker adressiert werden. Es bedarf eines ambitionierten, weltweiten Rahmenübereinkommens zur Bekämpfung von Verschmutzungen durch gefährliche Stoffe, das dem Leitbild „Zero Pollution“ folgt und darauf abzielt, dass weder dem Menschen noch der Umwelt Schaden zugefügt werden. Gesundheits- und Umweltrisiken durch Emissionen und Deponien von persistenten Abfällen und Chemikalien in Luft, Boden und Wasser sollten durch eine kontrollierte Kreislaufwirtschaft und Emissionsregulierungen verhindert werden.



Bildung und Wissenschaft

Bildung und Wissenschaft nehmen für die Umsetzung der Vision „Gesund leben auf einer gesunden Erde“ eine Schlüsselrolle ein: Bildung sollte Wissen, Sichtweisen und Kompetenzen zu Gesundheit von Natur und Mensch lebensbegleitend fördern. Zudem sollte nachhaltiges und gesundes Handeln in den Bildungseinrichtungen selbst umgesetzt werden, um eine Vorbildfunktion zu entfalten. Ein hohes gesellschaftliches Bildungsniveau auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse kann Grundlage für weltweit gemeinsame Kommunikations- und Handlungsfähigkeit im Umgang mit globalen Herausforderungen sein. Bildung und Wissenschaft im Sinne des Leitbilds „Gesund leben auf einer gesunden Erde“ sollten weltweit systematisch gefördert werden. Unterschiede zwischen nationalen Wissenschaftssystemen müssen abgebaut und transregionale, von Gegenseitigkeit geprägte Partnerschaften gefördert werden. Förderprogramme zum Umwelt-Gesundheits-Nexus müssen ausgebaut und eine gemeinsame, internationale Förderlandschaft institutionalisiert werden. Denn es ist notwendig, eine Wissenschaft für gesellschaftliche Zukunftsgestaltung in globalem Maßstab umzusetzen.



Lebensbereiche gestalten

Wie wir essen, uns bewegen, wohnen, arbeiten und unsere Freizeit verbringen wirkt sich auf unsere Gesundheit aus und hat gleichzeitig Konsequenzen für die Umwelt.

Damit gesundes, umweltfreundliches Verhalten attraktiv, leicht umsetzbar oder überhaupt erst möglich wird, sind entsprechende äußere Verhältnisse nötig. Erforderlich sind Transformationen in den Lebensbereichen der Menschen, die sowohl den Trend zunehmender Zivilisationskrankheiten durchbrechen als auch einen Beitrag zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen leisten.

Wege zu einer gesunden Ernährung – für alle

Die Transformation umweltschädigender und ungesunder Ernährungsweisen führt weg vom übermäßigen Konsum tierischer Produkte und hochverarbeiteter Lebensmittel und hin zu einer nachhaltigen, pflanzenbasierten und diversen Ernährung. Dies ist essenziell, um die international vereinbarten Klima- und Biodiversitätsziele erreichen zu können. Auch die Gesundheit des Menschen profitiert hiervon erheblich: durch verbesserte Nährstoffversorgung, die Förderung der Mikrobiome und reduzierte Krankheitsrisiken. Die Transformation zu gesunden und resilienten Ernährungssystemen setzt Landreserven frei, die bisher in der Produktion tierischer Lebensmittel gebunden waren. Dies sollte der Nahrungsmittelproduktion für Menschen, dem Klimaschutz und – durch die Renaturierung von Ökosystemen – dem Biodiversitätsschutz zugutekommen. Gleichzeitig gewährleistet sie Ernährungssicherheit, Ernährungssouveränität und Lebensmittelsicherheit.

Bewegungsfreundliche Umwelt, umweltfreundliche Bewegung

Bewegung in grünen Umgebungen kommt Gesundheit, Klima und Umwelt zugute. Körperliche Inaktivität ist ein weltweit zunehmendes Problem, das Länder aus allen Einkommensgruppen betrifft. Bewegung sollte deshalb in alle Lebensbereiche integriert werden. Vor allem durch aktive Mobilität kann Bewegung in größerem Umfang leicht in den Alltag eingebaut und zusätzlich Umweltschäden, Lärm, Ressourcen- und Platzverbrauch verringert werden. Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sind dabei ein guter Gestaltungsmaßstab für Städte und Mobilitätssysteme. Dies erfordert angepasste Infrastrukturen, Regulierungen und öffentliche Angebote, z.B. bewegungsfreundliche öffentliche Räume, durchgehend sichere Fuß- und Radwegenetze sowie ein attraktiver öffentlicher Verkehr. Negative Auswirkungen von Autoverkehr sollten durch entsprechende Bepreisung und Regulierung eingedämmt werden. Die Synergien von Defossilisierung und Gesundheitsförderung sollten in nationalen Mobilitätsstrategien sowie Strategien zur Bewegungsförderung aufgegriffen werden. Die beschriebenen Ansätze sollten auch in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungsfinanzierung, insbesondere für Infrastrukturen, verankert werden.

Wohnen in gesundheitsfördernden und nachhaltigen Siedlungen

Die Art wie Städte gebaut werden, bietet Möglichkeiten zum Schutz vor Umweltveränderungen und zur Förderung gesunder Lebensumwelten. Durch entsprechende baulich-räumliche Gestaltung können Möglichkeiten geschaffen werden, sich in seinem Wohnumfeld aktiv zu bewegen und zu erholen. Dafür ist eine „dreifache Innenentwicklung“, also eine regional angepasste Balance zwischen baulicher Verdichtung, Mobilität und Schaffung von Grün- und Blauräumen, notwendig. Bis Mitte des Jahrhunderts müssen für rund 2,5 Mrd. Menschen neue Siedlungsräume gebaut werden, wobei geschätzt mehr als 90 % des städtischen Bevölkerungswachstums in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen stattfinden wird. Hier bietet sich also ein Gelegenheitsfenster, in kurzer Zeit nachhaltiges und gesundes Bauen mit umweltverträglichen Baustoffen in großem Maßstab voranzubringen. Sozioökonomisch benachteiligte und von Diskriminierung betroffene Bevölkerungsgruppen sind durch benachteiligte Wohnlagen tendenziell vermehrt Gesundheitsrisiken wie Luftverschmutzung, Lärm und Hitze ausgesetzt. Daher müssen bezahlbarer, gesundheitsfördernder und nachhaltiger Wohnraum langfristig gewährleistet und dabei betroffene Menschen vor Verdrängung geschützt werden.

Dieses Factsheet fasst Kernaussagen des WBGU-Gutachtens „Gesund leben auf einer gesunden Erde“ (2023) zusammen. Das Gutachten ist kostenlos unter www.wbgu.de/gesundleben abrufbar.

Der WBGU
Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) ist ein unabhängiges wissenschaftliches Beratungsgremium der Bundesregierung, das 1992 im Vorfeld des Erdgipfels von Rio de Janeiro eingerichtet wurde. Der interdisziplinäre WBGU erarbeitet auf der Grundlage wissenschaftlicher Analysen Handlungs- und Forschungsempfehlungen für die Politik.

Geschäftsstelle WBGU
Luisenstraße 46, 10117 Berlin
Tel: 030 26 39 48-0
wbgu@wbgu.de
@WBGU_Council
www.wbgu.de

Factsheet Nr. 8, 2023
ISBN 978-3-946830-40-5
Oktober 2023

CC BY NC ND

SY1
www.blauer-engel.de/uz195
Dieses Druckerzeugnis wurde mit dem Blauen Engel ausgezeichnet.

FSC www.fsc.org
RECYCLED
Papier aus Recyclingmaterial
FSC® C104586

Deutscher Bundestag

Parlamentarischer Beirat für
nachhaltige Entwicklung
und Zukunftsfragen

Ausschussdrucksache

21(26)41

WBGU

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung
Globale Umweltveränderungen

Innovative Lösungen für die Nachhaltige Stadt: Ein klimaresilientes und sozial ausgewogenes Wassermanagement

Prof. Dr.-Ing. Jörg E. Drewes
Technische Universität München
Co-Vorsitzender WBGU

15. April 2026

Mitglieder des WBGU 2024-2028



Aletta Bonn
Biodiversitätsforscherin
Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ und Deutsches Zentrum für integrative Biodiversitätsforschung (iDiv)



Jörg E. Drewes (Co-Vorsitzender)
Umweltingenieur
Technische Universität München



Anna-Katharina Hornidge (Co-Vorsitzende)
Entwicklungs- und Wissenssoziologin
German Institute of Development and Sustainability (IDOS) und Universität Bonn



Kai Maaz
Soziologe
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation



Karen Pittel
Ökonomin
ifo Institut, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und Universität München



Hans-Otto Pörtner
Ökophysiologe und Klimaforscher
Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung



Sabine Schlacke
Rechtswissenschaftlerin
Universität Greifswald



Claudia Traidl-Hoffmann
Medizinerin
Universität Augsburg



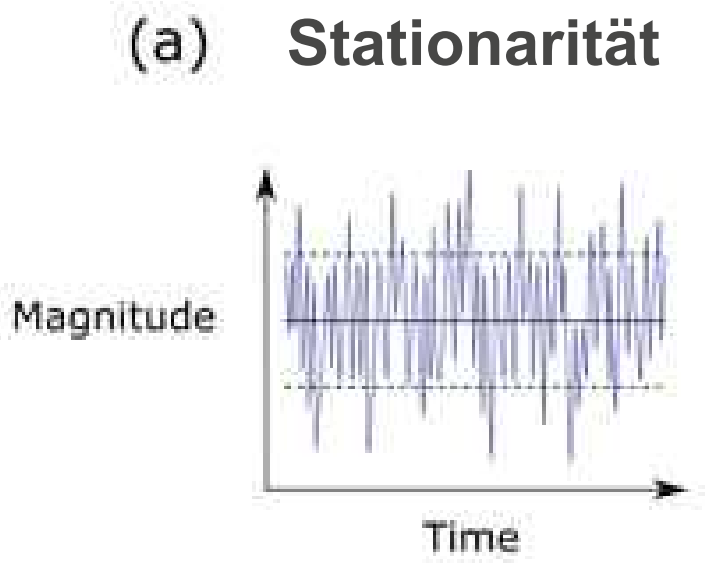
Joscha Wullweber
Politikwissenschaftler und Politikökonom
Universität Witten/Herdecke





Botschaft 1: Neue Qualität von Risiken & Unsicherheiten

Neuer gesellschaftlicher Umgang mit Verlust der Stationarität



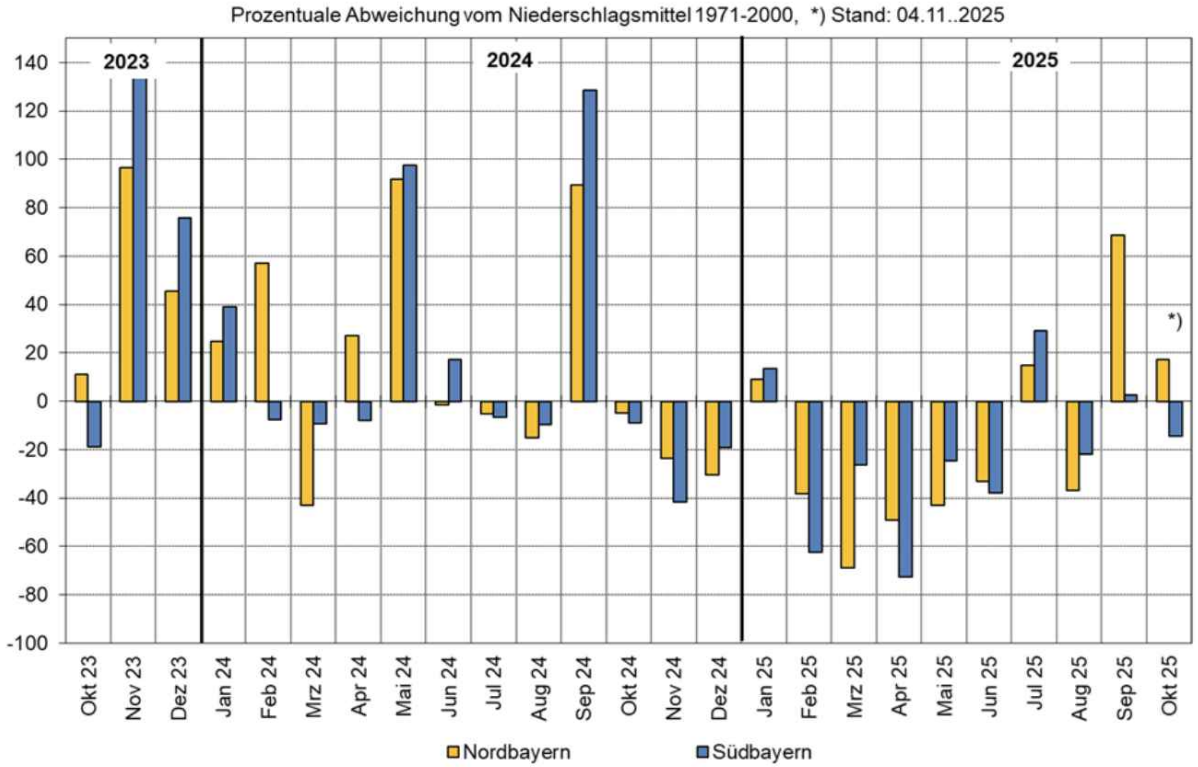
- Instationarität ist das neue Normal!
- Kontinuierliche Veränderung!
- Dialog zu tolerierbaren Risiken und Anpassungsmöglichkeiten dringend erforderlich; Plan B vorbereiten

Quelle: WBGU 2024; Slater et al. 2021

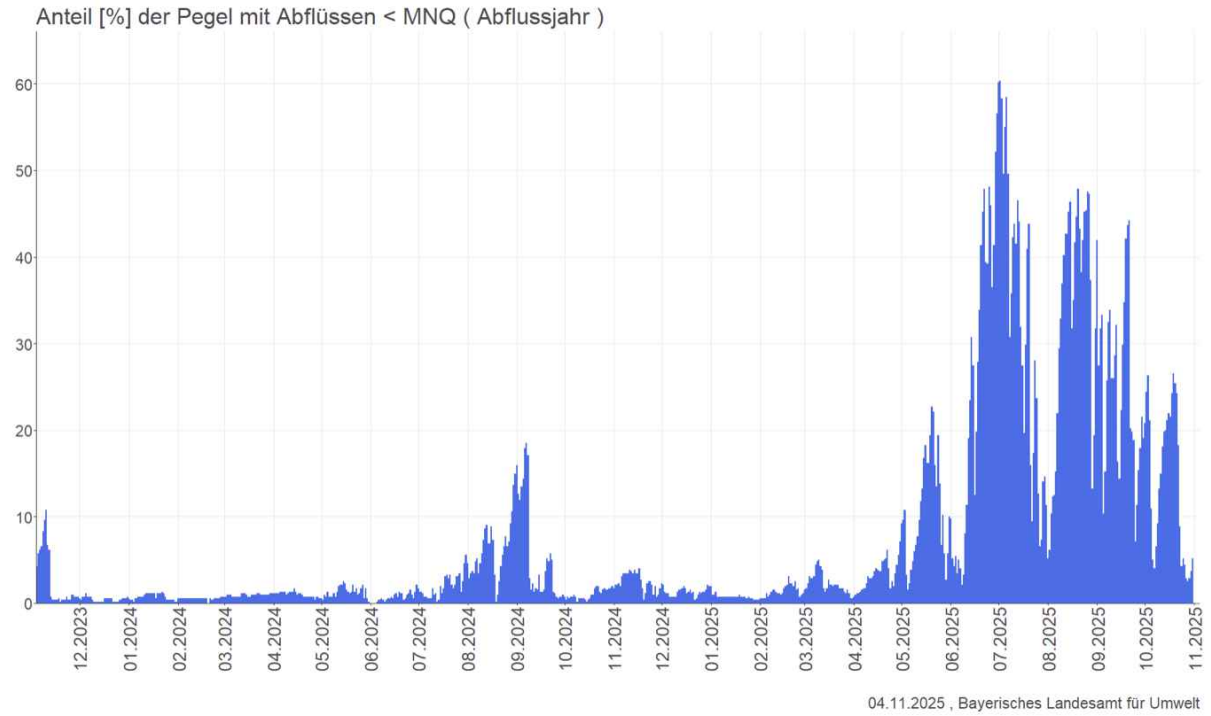
Botschaft 1: Instationarität ist das neue Normal

Niederschlagsmuster und Abflüsse: Bayern 2025

Niederschlagsmuster



Anteil der Pegel mit Abflüssen < mittlerer Niedrigwasserabfluss, MNQ

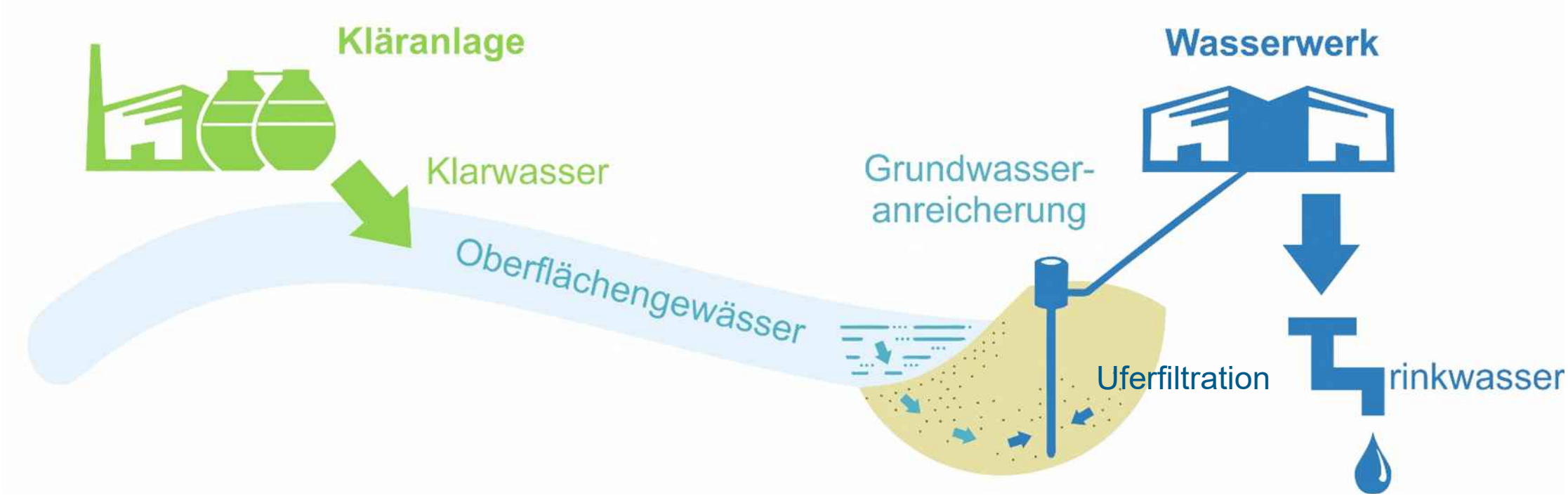


Quelle: Bay. Landesamt für Umwelt,(2025), Niedrigwasserbericht 2025

Botschaft 1: Instationarität ist das neue Normal

Wassermenge und Wasserqualität sind eng gekoppelt

Belastung durch Kläranlageneinläufe



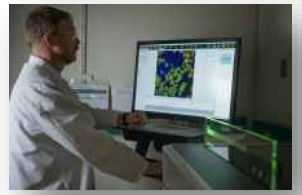
© Berliner Wasserbetriebe / Technische Universität München

Botschaft 2: Bewahrung der Wasserqualität

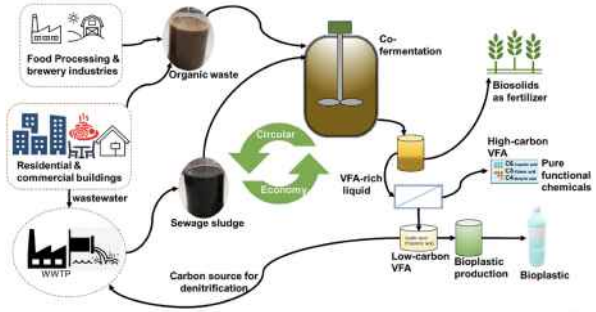
Vier zentrale Säulen

1. Konsistente Implementierung der **Null-Emissions-Strategie** einschließlich vorsorgender Maßnahmen als Voraussetzung eines klimaresilienten Wassermanagements (EU TWRL; EU KARL; EU Wasser-WVVO)

2. Zeitgemäße **Testverfahren** und Methoden zur Chemikalienbewertung und -zulassung



3. Integrierte Ansätze für die **Rückgewinnung von Rohstoffen** aus Abwasser



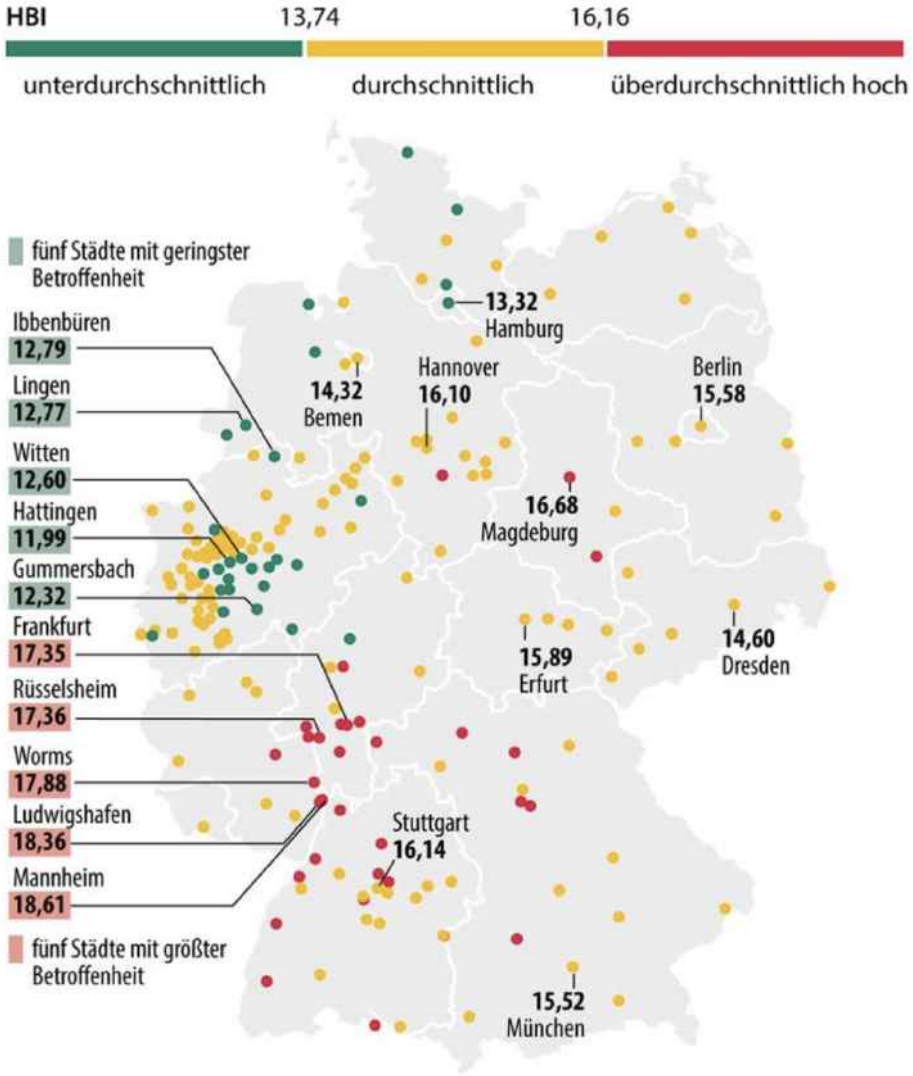
4. **Entwicklung flexibler Lösungen** für klimaresiliente urbane Wasser- und Sanitärinfrastrukturen **in Städten, ländlichen Regionen und LMICs**



WBGU 2024; U.S. EPA 2024; Owusu 2023, STOTEN; World Bank Group 2024

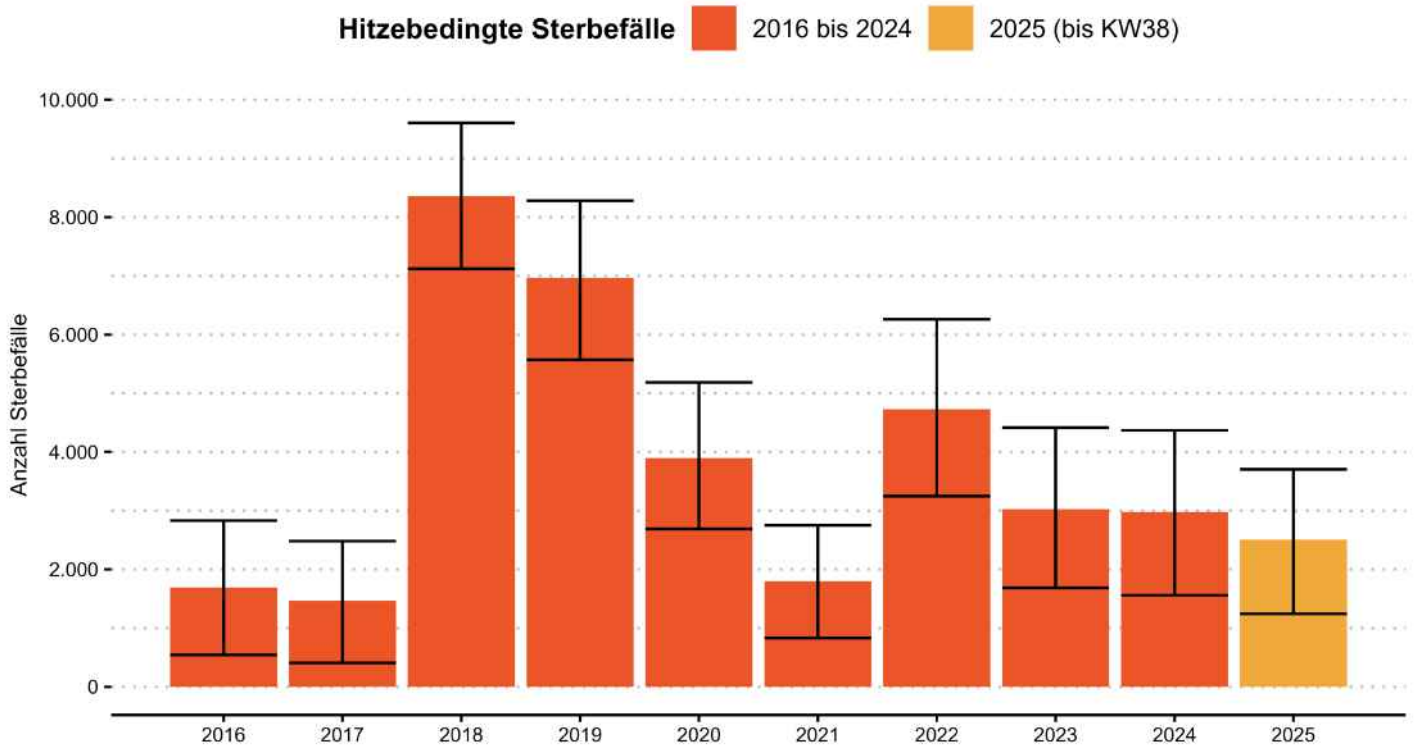
Botschaft 3: Temperaturextreme nehmen zu

Städte im Hitzestress



Hitzebetroffenheitsindex (HBI):

- Oberflächentemperatur
- Anteil versiegelter Flächen
- Grünvolumen
- Bevölkerungsdichte



Quelle: Deutsche Umwelthilfe (2025); dpa Infografik 2025; Robert-Koch-Institut 2025

Empfehlung 1: Klimaresilientes, sozial ausgewogenes Wassermanagement – Lösungsraum Städte

Anpassungsfähigkeit von Städten angesichts fortlaufender Veränderungen steigern

> Verwaltungen, Betreiber und Nutzer müssen sich auf **instationäre, hoch dynamische Bedingungen einstellen**

> Eine **vorausschauende Infrastrukturplanung** muss die verschiedenen zeitlichen, räumlichen und systemischen Grenzen von Maßnahmen, zu erwartende Dynamiken sowie Planungsunsicherheiten berücksichtigen und integrieren

> Strukturen sowie Planungs- und Entscheidungsprozesse müssen **akteurübergreifend, anpassungsfähig und korrigierbar** gestaltet sein (-> Klimaanpassungsgesetz)

Source: WBGU 2024

Empfehlung 2: Klimaresilientes Wassermanagement

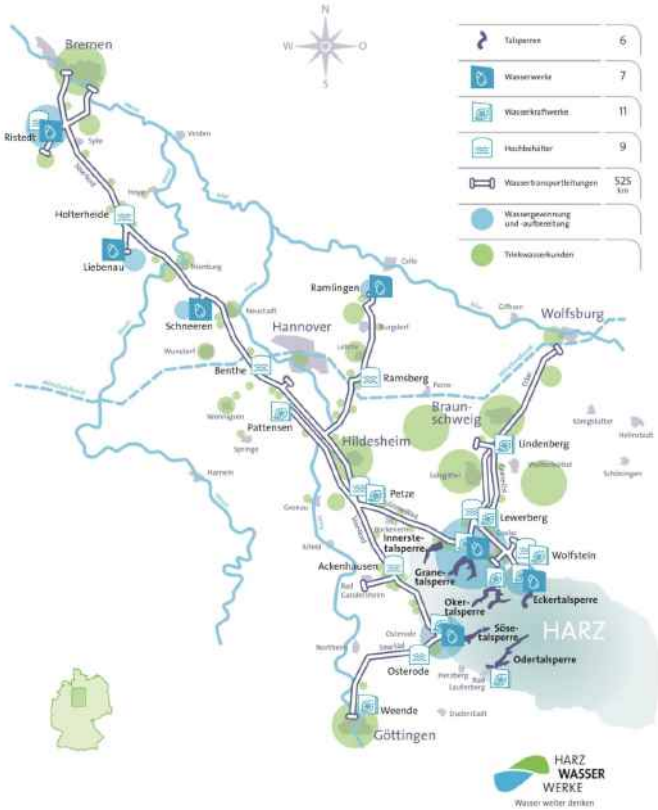
Anpassungsfähigkeit steigern: Anforderungen an Maßnahmen

1. **Wasserbezogene Wirksamkeit** für spezifische wasserbezogene Ziel und einen resilienten Landschaftswasserhaushalt **heute und in 2050**

2. **Machbarkeit** im jeweiligen lokalen Kontext:
   Technologien, Finanzen, Institutionen, Akzeptanz usw.

3. **Stärkerer Fokus auf Mehrgewinne:**
   Klima, Biodiversität, Gesundheit,
   Soziales, Wirtschaft

4. Fehlanpassungen und
   unbeabsichtigte Konsequenzen
   vermeiden; partizipativ planen



Quelle: www.bochier.de; Landesamt für Umwelt 2023; WBGU 2024

Empfehlung 3: Klimaresilientes, sozial ausgewogenes Wassermanagement – Lösungsraum Städte

Kurzfristig:

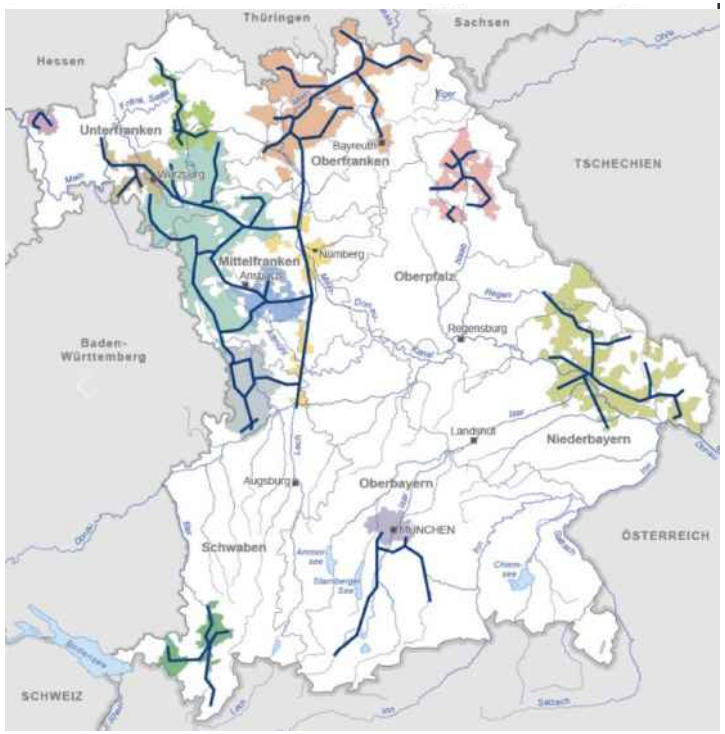
- Infrastrukturplanung zügig anpassen (z. B. HQ_{100})
- Wasserversorgung und Wasserverbräuche managen
- Datenverfügbarkeit verbessern
  - → Digitalisierungsoffensive
  - → Flexibilität in Nachfrage erhöhen



Quelle:: www.nutzwasser.org: Google GenCast 2024

Empfehlung 4: Klimaresilientes, sozial ausgewogenes Wassermanagement – Lösungsraum Städte

Mittelfristig:



Wasserportfolios diversifizieren und Mehrfachnutzungen zulassen

- Nutzung (hydrologisch) unabhängiger lokaler Wasserressourcen
- Wassermengen lokal puffern; Grundwasseranreicherung fördern
- Regionale und überregionale Verbundnetze
- Nutzung alternativer Frischwasserressourcen
  - Regenwassernutzung
  - Grauwassernutzung
  - Meerwasserentsalzung
  - Wasserrecycling

Quelle:: WBGU 2024; Harzwasserwerke (2025)

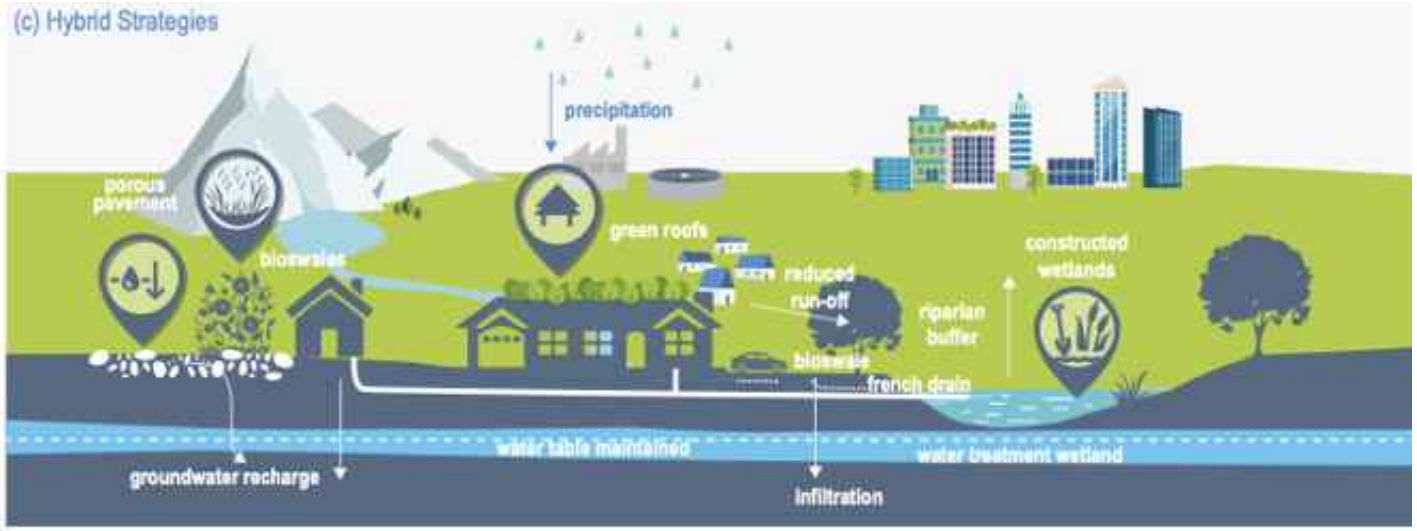
Empfehlung 5: Klimaresilientes, sozial ausgewogenes Wassermanagement – Lösungsraum Städte

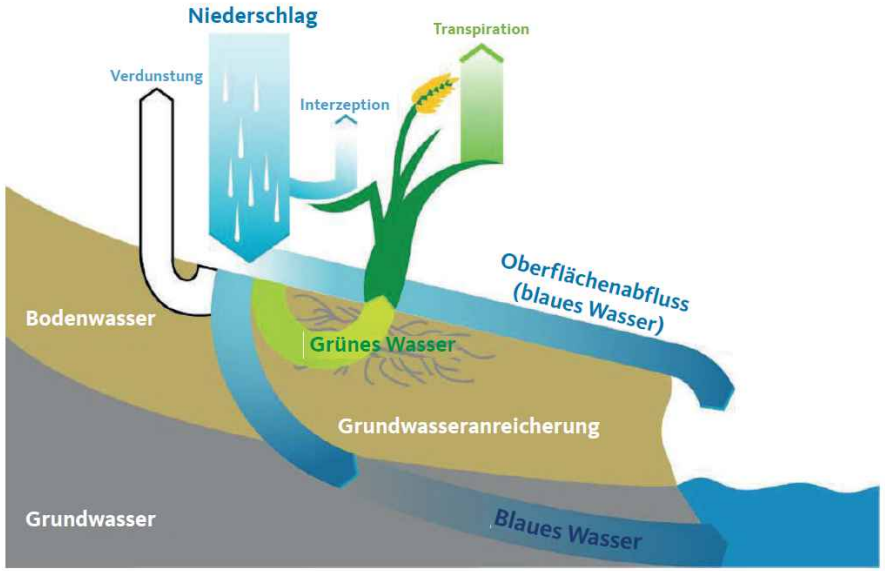
Mittelfristg/Langfristig:

Blaues und grünes Wasser sektorübergreifend bewirtschaften

> Stärkung von Puffern in der Landschaft - auf Flächen alle Nutzungsgrade (“Schwammstadt”)

> Blau-grüne graue Infrastruktur als Mehrgewinnstrategie







Quelle:: WBGU 2024

Empfehlung 6: Klimaresilientes, sozial ausgewogenes Wassermanagement – Lösungsraum Städte

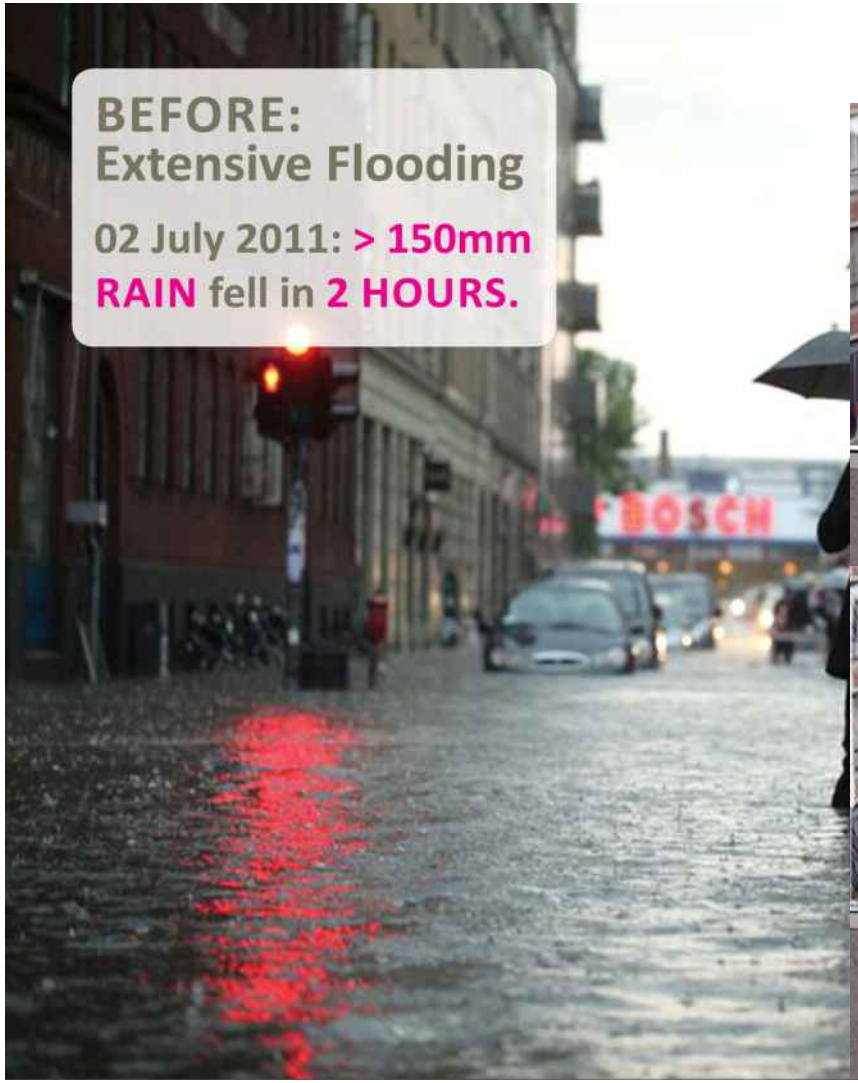
Wasser wertschätzen und Wasserwert schätzen

- Knappheit und Risiken müssen bei kurz- und langfristigen Investitionsentscheidungen berücksichtigt werden, ebenso wie Schadensrisiken oder Totalverluste (‘stranded assets’)
- Gelegenheitsfenster nutzen (wie Wiederaufbau, Reallabore, großräumige Infrastrukturmaßnahmen)
- Alternative Finanzierungsmodelle stärken: z. B. neuer Markt für private Finanzierung wasserbezogener Wirtschaftsleistungen, sog. Blaue Anleihen

Quelle: WBGU 2024

Empfehlung 6: Klimaresilientes Wassermanagement

Wasser- und klimasensible Städte



Kopenhagen, Dänemark



Quelle: WBGU 2024; Brückmann (2023), Henning Larsen (Ramboll Gruppe)

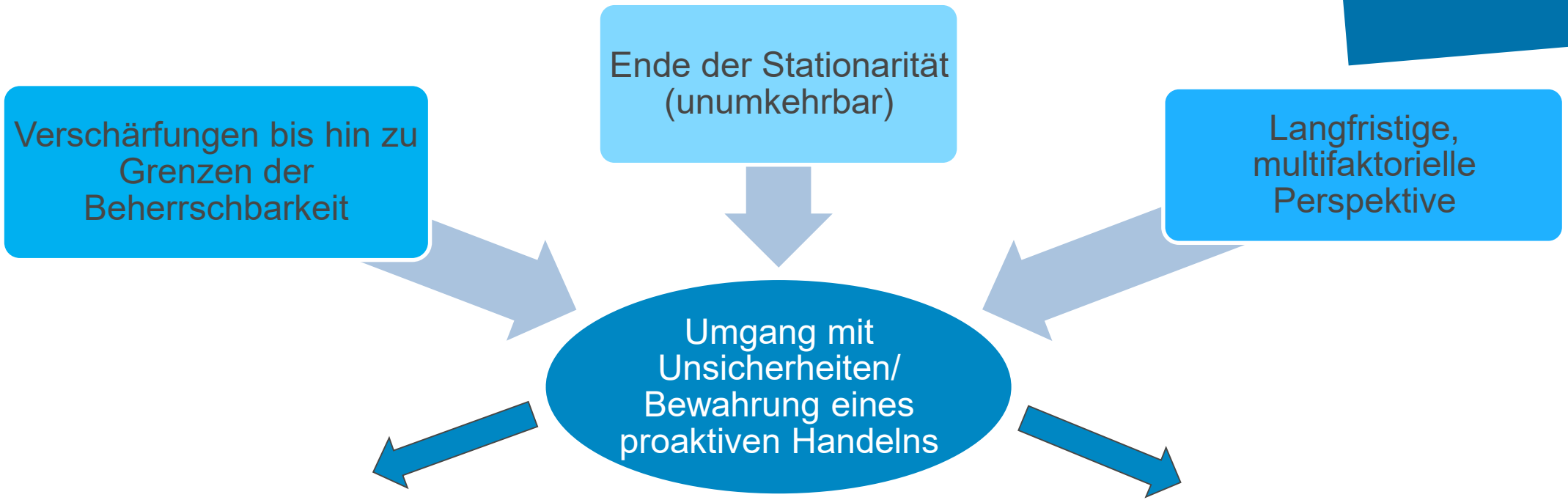
Empfehlung 7: Klimaresilientes, sozial ausgewogenes Wassermanagement – Lösungsraum Städte

Umsetzung beschleunigen – Selbstorganisation fordern und fördern

- Wassermanagement muss in einer beschleunigten Umsetzung resultieren
- Förderung von Selbstorganisation und dezentralen Governancestrukturen
- Angepasster regulatorischer Rahmen
  - Leitbild der wassersensiblen Stadtentwicklung (BauGB)
  - Leitbild der multifunktionalen Flächennutzung in der Bauleitplanung

Quelle: WBGU 2024

Empfehlungen des WBGU



Resilienz steigern

- Puffer schaffen; naturbasierte Lösungen
- Grünes Wasser
- Portfolios diversifizieren, Kreisläufe
- Adaptive, modulare techn. Lösungen
- etc.

Angepasste Planungs- und Entscheidungsstrukturen/ Umsetzungsgovernance

- Informelle Governance stärken
- Entscheidungs- und rechtliche Strukturen anpassen
- Finanzierung: Kosten der Verschärfungen und GdB; neue Ansätze
- etc.





WBGU

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung
Globale Umweltveränderungen

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Alle Publikationen sind frei verfügbar (print + digital) unter
www.wbgu.de

jdrewes@tum.de

15. April 2026